



ROTER

BRIEF

MAI 2022

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 21. Mai 2022 fand die niedersächsische Landesvertreter*innenversammlung der SPD in Hildesheim statt. 200 Delegierte aus ganz Niedersachsen beschlossen die Liste zur Landtagswahl im kommenden Oktober. Für die beiden Oldenburger Wahlkreise treten wir auf Platz 9 und Platz 19 der Landesliste an. Einen Bericht hierzu finden Sie auf Seite 11. Auf dem sich anschließenden Landesparteitag wurde das Wahlprogramm unter dem Titel "Fortschritt, der alle mitnimmt" beschlossen. Unser Slogan "Das Land in guten Händen" steht für die SPD in Niedersachsen mit Stephan Weil als Ministerpräsident.

Auf dem Bezirksparteitag der SPD Weser-Ems in Bad Zwischenahn Ende April 2022 ist unser Bundestagsabgeordneter Dennis Rohde mit über 90 Prozent der Stimmen zum Vorsitzenden der SPD Weser-Ems gewählt worden. Dazu gratulieren wir Dennis herzlich.

Aus Anlass des 75. Jahrestages der Konstituierenden Sitzung des ersten frei gewählten Niedersächsischen Landtages fand am 13. Mai 2022 ein Festakt im Landtag in Hannover statt.

Neben dem Zukunftstag, der endlich wieder in Präsenz im Landtag stattfinden durfte, haben wir auch bereits die ersten Besucher aus Oldenburg im Landtag begrüßen können. Mehr darüber lesen Sie auf Seite 6 und 7.

Das Zentrum für Windenergieforschung (ForWind) der Universität Oldenburg erhält 1.500.000 EUR für die Anschaffung eines High Performance Computing Clusters (Rechencluster). Die Pressemitteilung hierzu finden Sie auf Seite 9.

Auch erste Ausschussreisen konnten wieder stattfinden, nachzulesen gern auf Seite 10.

Die aktuell gültigen Corona-Regelungen finden Sie auf Seite 3 in diesem Brief.

Wir wünschen schöne Pfingsttage. Bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße

IN DIESER AUSGABE

Oldenburg wird Standort für künstliche Intelligenz. Seite 8

Ukraine-Krieg: Wichtige Informationen für Helfende. Seite 2

+++ HINWEIS LANDTAGSFAHRTEN +++

Wir planen wieder Fahrten zum Niedersächsischen Landtag in Hannover. Melden Sie sich bei Interesse gern in unseren Büros. Unsere Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite.

UKRAINE

Wichtige Informationen für Hilfsorganisationen und Helfende

Herzlich willkommen und sicher in Niedersachsen



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

WICHTIGE INFORMATION FÜR HILFSORGANISATIONEN UND HELFENDE

Danke, dass Sie geflüchteten Menschen aus der Ukraine helfen. Vor allem Frauen und Kinder suchen Schutz in Niedersachsen. Sie sollen sich bei uns sicher fühlen.

Brauchen Sie Rat oder Hilfe bei Ihrer Arbeit? Oder wissen Sie, dass eine Frau von Gewalt bedroht ist? Hier gibt es Unterstützung:



MIGRATIONSBERATUNGSSTELLEN

Die Beratungsstellen helfen bei allen Fragen rund um das Ankommen und Einleben in Niedersachsen. Kontaktdaten finden Sie unter: www.niedersachsen.de/ukraine oder direkt per QR-Code.



HILFE FÜR SCHWANGERE FRAUEN

Eine geflüchtete Frau ist schwanger und braucht dringend Hilfe? Unter der bundesweiten Rufnummer **0800 40 40 020** gibt es kostenlose, anonyme, vertrauliche und bei Bedarf auch mehrsprachige Beratung.



„WORTE HELFEN FRAUEN – ÜBERSETZUNGSLEISTUNGEN FÜR FRAUEN IN NOT“

Sie beraten geflüchtete Frauen rund um die Themen Gewalt, Schwangerschaft etc.? Sie brauchen Hilfe bei der Übersetzung? Die Kosten hierfür bekommen Sie unter bestimmten Voraussetzungen erstattet. Mehr Informationen finden Sie unter www.worte-helfen-frauen.net.



NIEDERSÄCHSISCHES NETZWERK FÜR TRAUMATISIERTE FLÜCHTLINGE E.V.

Für Geflüchtete in akuten Krisensituationen. Das Netzwerk vermittelt Therapieplätze, verfügt über qualifizierte Dolmetscherdienste und nimmt Begutachtungen vor. Außerdem gibt es Telefonsprechstunden für pädagogische Fachkräfte. Mehr Infos finden Sie unter www.ntfn.de.



HILFE BEI GEWALT HILFETELEFON: 08000 116 016

Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ ist ein bundesweites Beratungsangebot für Frauen, die Gewalt erlebt haben oder noch erleben. Unter der Nummer **08000 116 016** und via Online-Beratung unter www.hilfetelefon.de gibt es Hilfe an 365 Tagen im Jahr, rund um die Uhr Hilfe. Auch Angehörige, Freundinnen und Freunde sowie Fachkräfte werden anonym und kostenfrei beraten.



BERATUNGSSTELLEN BEI MENSCHENHANDEL UND ZWANGSPROSTITUTION

Wenn Sie mitbekommen, dass eine Frau Gefahr läuft, Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution zu werden, rufen Sie umgehend die 110 an und verständigen die Polizei. Haben Sie einen Verdacht? Kontaktieren Sie unsere Beratungsstellen. Kontaktdaten und Infos unter www.ms.niedersachsen.de



SOZIALPSYCHIATRISCHE DIENSTE

Menschen mit psychischen Problemen bekommen hier kurzfristige Beratungsmöglichkeiten. Weitere Informationen und Kontaktadressen gibt es online unter www.psychiatriekoordinations.de/versorgungsangebote



Die Beratungsstellen helfen bei allen Fragen rund um das Ankommen und Einleben in Niedersachsen.

Kontaktdaten finden Sie unter:
www.niedersachsen.de/ukraine

Nähere Informationen für Hilfsorganisationen und Helfende sowie Informationen für geflüchtete Frauen (auch auf ukrainisch) finden Sie hier:

www.niedersachsen.de



Niedersachsen. Klar.

CORONA-INFOS

Aktuelle Corona-Regelungen im Überblick

Niedersächsische Corona-Verordnung – kompakt –
www.niedersachsen.de/coronavirus/

 **Niedersachsen. Impft. Klar.**

Corona-Regelungen im Überblick

gültig ab 25. Mai 2022

FFP2-Maskenpflicht

in Kranken- und Pflegeeinrichtungen, Heimen, Arztpraxen sowie im öffentlichen Personennahverkehr



 In Gaststätten, Geschäften oder generell in Betrieben und Einrichtungen kann im Rahmen des Hausrechts darüber hinaus eine Maskenpflicht vorgesehen werden.

 **(Weiter) GEMEINSAM gegen Corona**

Auch wenn die Maskenpflicht vielerorts nicht mehr vorgeschrieben ist, bitte schützen Sie insbesondere gefährdete Menschen und tragen freiwillig eine Mund-Nasen-Bedeckung an Orten, wo kein Abstand eingehalten werden kann.

Vorlage negativer Testnachweis

bei Zugang in Kranken- und Pflegeeinrichtungen, Heimen sowie in Justizvollzugsanstalten



 In Gaststätten, bei Veranstaltungen oder generell in Betrieben und Einrichtungen kann im Rahmen des Hausrechts eine Testpflicht bzw. die Anwendung von **3G** oder **2G** bis hin zu **2Gplus** vorgesehen werden.

 **(Weiter) GEMEINSAM gegen Corona**

Ein Test gibt Ihnen Sicherheit – auch dort, wo es nicht vorgesehen ist. Wenn Sie sich unbemerkt mit dem Virus infiziert haben, können Sie es weitergeben und andere gefährden. Auch das können Sie durch regelmäßiges Testen verhindern. Nutzen Sie für Ihre Kinder auch die fortbestehenden Testangebote (bis zu 3 Tests pro Woche) in den Schulen und Kindertageseinrichtungen.

WIR in Niedersachsen

(Weiter) GEMEINSAM gegen Corona 

Die meisten Schutzmaßnahmen sind weggefallen, doch die tägliche Zahl der Neuinfektionen verdeutlicht, dass die Pandemie bei weitem noch nicht vorbei ist.

(Weiter) GEMEINSAM gegen Corona ist daher die dringende Bitte der Landesregierung – bleiben Sie vorsichtig und achtsam, insbesondere gegenüber älteren und pflegebedürftigen Menschen.

Der sicherste Weg ist und bleibt das Impfen – nutzen Sie die vielen Angebote zur Auffrischungsimpfung (Booster und 4. Impfung für Personen ab 70 Jahren und Mitarbeitende in Pflege- und Gesundheitsberufen) und vor allem für die Grundimmunisierung gegen Covid-19.

Mit **(Weiter) GEMEINSAM gegen Corona** kann jede und jeder seinen Teil zur Pandemiebewältigung beitragen:

- Bitte halten Sie auch weiter Abstand, wo es möglich ist
- Tragen Sie bitte eine Mund-Nasen-Bedeckung auch dort, wo es nicht vorgesehen ist und kein Abstand eingehalten werden kann (insbesondere bei vielen Menschen in Innenräumen)
- Nutzen Sie bitte die fortbestehenden Testangebote um sich vor und nach Treffen mit vielen Menschen zu testen
- Nutzen Sie bitte auch die Testangebote für Schülerinnen und Schüler sowie Kinder in den Kindertageseinrichtungen (freiwillig bis zu drei Tests pro Woche möglich)

Hinweis: Es handelt sich hierbei um eine vereinfachte Übersicht der Regelungen – es gilt ungeachtet dieser Darstellung die gültige Niedersächsische Corona-Verordnung, gültig ab 25.05.2022

(Stand: 25. Mai 2022)

Nähere Informationen und weitere Übersichten finden Sie auf www.niedersachsen.de.



AUS DEM LANDTAG

Plenum vom 17. bis 19. Mai 2022

Auch die Mai-Plenarsitzung steht im Zeichen des furchtbaren Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine. Ein wichtiges Thema ist die Energieversorgung und –sicherheit für Niedersachsen und für die gesamte Bundesrepublik. Bisher haben wir bei der Energiewende auf mehr Tempo beim Ausbau von regenerativen Energien wie Wind und Sonne gesetzt und wollten aus den fossilen Energieträgern aussteigen. Noch Anfang dieses Jahres wollten wir beispielsweise keine Förderung von Erdgas in der Nordsee – ein entsprechendes Verbot von Bohrungen haben wir erst im vergangenen Jahr beschlossen.

Doch der 24. Februar hat vieles in Europa und auch bei uns verändert. Der Krieg in der Ukraine zeigt ungeschminkt, wie sehr wir abhängig sind von russischen Gas- und Öllieferungen. Deshalb werden wir jetzt unsere Energieversorgung und unsere Energiesicherheit auf andere Füße stellen müssen. Wir können nicht einerseits aus den Niederlanden Gas importieren und ihnen auf der anderen Seite die Förderung in der Nordsee verbieten. Daher ist es richtig, dass wir unsere Entscheidung korrigieren und die Landesregierung mit dem niederländischen Unternehmen ONE-Dyas verhandelt.

Denn klar ist, dass wir nicht zulassen dürfen, dass wir in eine Engpasssituation hineingeraten, die aufgrund des russischen Überfalls auf die Ukraine droht. Die Zulassung der Bohrungen wird aber nur unter Einhaltung strengster Umweltauflagen erfolgen.

Auch in unserer **Fragestunde mit dem Titel „Versorgungssicherheit und Klimaneutralität – Zukunft in Niedersachsen gestalten“** widmen wir uns den wichtigen Themen rund um die Energiesicherheit. Dem Ausbau der erneuerbaren Energien sowie dem Import von klimaneutralen Gasen kommt hierbei für die Zukunft eine zentrale Bedeutung zu. Kurzfristig gilt es, schnellstmöglich unabhängig von russischen Gasimporten zu werden sowie die Energieversorgung und den Industriestandort Deutschland zu sichern. Hierzu hat Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 zusätzlich den Bau von LNG-Terminals

angekündigt. Wir befragen die Landesregierung zu den nun geplanten und vollzogenen Schritten.

In unserer **Aktuellen Stunde mit dem Titel „Soziales Wohnen sicherstellen – bezahlbares und nachhaltiges Bauen miteinander vereinbaren“** gehen wir indes auf ein anderes Thema ein. Als SPD sagen wir ganz deutlich: Auch das Land muss wieder die Möglichkeit bekommen, sich aktiv an der Daseinsvorsorge im Wohnungswesen zu beteiligen, Grundstücke zu erwerben, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und dauerhaft in öffentlicher Hand zu bewirtschaften. Eine Möglichkeit dazu ist der Wiederaufbau einer Landeswohnungsbaugesellschaft, die unveräußerlich sein muss und deren Aufgabe es sein wird, Schritt für Schritt den Bestand an bezahlbarem Wohnraum auszubauen.

Mit unserem **Antrag „Niedersachsen ist Fahrradland: Fahrradleasing-Angebote für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst ermöglichen“** stellen wir fest, dass die Einführung von Fahrrad-Leasing-Angeboten für Beschäftigte die stärkere Nutzung des Fahrrades auf betrieblichen, aber auch privaten Wegen zusätzlich fördern kann. Aufgrund neuer Steuerregelungen gilt das Dienstwagenprivileg, die sogenannte 1 %-Regel, auch für Fahrräder, Pedelecs und E-Bikes und bietet somit den Nutzer*innen weitere erhebliche Einsparungsmöglichkeiten an. Bis Oktober 2020 war es nur den Arbeitnehmer*innen der Privatwirtschaft vorbehalten, über ein Leasing-Modell ein Dienstfahrrad zu erhalten, welches auch privat genutzt werden kann. Wir wollen, dass die Tarifpartner analog der Verhandlung zwischen der Gewerkschaft ver.di und dem Verband Kommunaler Arbeitgeber (VKA) bei künftigen Tarifverhandlungen Entgeltumwandlungen auch für das Dienstradleasing auf Landesebene forcieren.

Nähere Informationen und weitere Themen des Plenums finden Sie hier - **auf den Seiten des Niedersächsischen Landtags.**



AUS DEM LANDTAG

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes und anderer Gesetze

Auszug aus der Rede von Ulf Prange:

"Es ist mehrfach angesprochen worden, dass wir etwas länger gebraucht haben. Man könnte aber auch sagen, dass wir uns die notwendige Zeit genommen haben. Beim Justizvollzug geht es um tiefgreifende Grundrechtseingriffe. Grundrechtseingriffe müssen möglichst schonend gehalten werden und gut abgewogen sein. Wir haben hart miteinander um gute Lösungen gerungen, die wir Ihnen heute vorlegen.

Vor dem Hintergrund, dass gefährliche Situationen in den JVs zunehmen, geht es darum, den Sicherheitsinteressen der Mitarbeitenden im Justizvollzug gerecht zu werden. Es geht aber auch um den Schutz von Häftlingen, die von anderen Häftlingen bedroht werden. Schließlich steht der Justizvollzug immer unter der großen Überschrift der Resozialisierung.

Der Personalmangel im Justizvollzug ist angesprochen worden. Wir haben in der Großen Koalition den Weg beschritten, in Personal zu investieren und übrigens auch in Sicherheit und technische Ausrüstung. Dies ist kein Kurzstreckenlauf, den wir vor uns haben, sondern ein Marathonlauf. Hier braucht es einen langen Atem. Auf der anderen Seite geht es um rechtliche Grundlagen und die bringen wir heute mit dem Gesetz auf den Weg. Ich will mich ausdrücklich bei den Verbänden bedanken, aber auch bei vielen aus dem Justizvollzug und aus dem Ministerium, die uns mit Hinweisen aus der Praxis aufgezeigt haben, wo es Erfordernisse für Anpassungen und Veränderungen gibt.

Eine große Herausforderung war der Datenschutzteil, nämlich die Umsetzung der sog. JI-Richtlinie, also von Europarecht. Dies war ein Grund dafür, diese Novelle anzugehen.

Ferner haben wir eine verfassungskonforme Regelung für Fixierungen im Justizvollzug geschaffen und so für

Rechtssicherheit in den JVs gesorgt. Hier reden wir über Vorfälle von massiver Selbstgefährdung. Die bislang zulässige Praxis des Fesselns führt dazu, dass es zu viel gefährlicheren Situationen kommen kann als durch eine sachgerechte Fixierung. So reduzieren wir die Risiken für die Betroffenen, sowohl für die Beschäftigten, die das durchführen, als auch für diejenigen, die fixiert werden müssen.

Die Fußfessel kann im Justizvollzug künftig eingesetzt werden. Die Neuregelung sorgt für einen restriktiven Einsatz. Lockerungen können gewährt werden unter der Bedingung, dass diese mit der Verpflichtung zum Tragen einer Fußfessel verknüpft werden. Diese Regelung ist gut und überlässt die Möglichkeit, sich darauf einzulassen, letztlich der eigenen, freien Entscheidung des Betroffenen.

Mit dem Gesetz schaffen wir die Möglichkeit künftig Künstliche Intelligenz (KI) zur Suizidprävention einzusetzen. Die Technik unterstützt die Beschäftigten bei der Überwachung von Häftlingen. Dies ist eine schwierige und belastende Aufgabe. Dabei kommt es gelegentlich zu Fehleinschätzungen. Da kann KI entlasten und bei dieser schwierigen Arbeitssituation helfen und so letztlich auch dabei helfen, Leben zu retten. Wir wissen, dass wir bei dieser Technik ganz am Anfang stehen. Deswegen ist die Regelung auf besonders geschützte Hafträume beschränkt. Zunächst soll so eine Erprobung ermöglicht werden.

Die Besuchsrechte werden neu geregelt. Den Mindestanspruch haben wir reduziert. Mit der Regelung reagieren wir darauf, dass über Besuche u.a. Drogen in den Justizvollzug eingebracht werden. Wegen neuer Verfahren und Substanzen wird dies zunehmend zu einem Problem. Hier schaffen wir eine Handhabe. Wir flankieren diese Einschränkungen mit einem digitalen Besuchsrecht. Dies ist etwas, was es bisher in keinem Justizvollzugsgesetz eines anderen Landes gibt."



AUS DEM LANDTAG

Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion in Leer

Vom 23. bis 25. Mai 2022 fand die letzte Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion in dieser Legislaturperiode statt.

Neben Referaten und Diskussionen zum Thema "Kinder und Jugendliche in der Pandemie" wurde auch über die Zeitenwende in der Energie- und Klimapolitik gesprochen. Wie sichert Niedersachsen die Energieversorgung?

Im Rahmen der Klausurtagung findet auch immer die Aktion "Fraktion vor Ort" statt. Hierzu werden verschiedene Touren angeboten. Neben den Touren "Meyer-Werft", "Berufsbildende Schulen II" und "Industrie, Handel, Fremdenverkehr" konnten die Landtagsabgeordneten auch an der Tour "Kommunal, bürgernah, wirtschaftlich erfolgreich" teilnehmen.

Mit der sich anschließenden Fraktionssitzung endete am Mittwochmittag die Klausurtagung.



Zukunftstag 2022: Oldenburger Schüler*innen im Landtag

Am Donnerstag, 28. April 2022, hat die SPD-Fraktion Schüler*innen aus ganz Niedersachsen zum alljährlichen Zukunftstag im Landtag empfangen. (siehe Foto oben)

Der Einladung der 54 SPD-Wahlkreisabgeordneten folgten insgesamt 66 Kinder und Jugendliche, die vor Ort die Gelegenheit bekamen, die Abläufe in einem Landesparlament hautnah mitzuerleben. Mit dabei waren auch Schüler*innen auf Einladung von Hanna Naber und Ulf Prange.

„Wir freuen uns sehr, dass der Zukunftstag nach den langen Monaten der Pandemie wieder im Landtag stattfinden konnte. Das Interesse der Schüler*innen war riesig, sich für einen Tag wie Abgeordnete zu fühlen und spannende Einblicke in die Arbeit des Parlaments zu bekommen“, berichtet Ulf Prange.

Nach der Begrüßung durch Ministerpräsident Stephan Weil und die Fraktionsvorsitzende Johanne Modder sowie eine Fragerunde mit Kultusminister Grant Hendrik Tonne organisierten sich die Nachwuchsparlamentarier*innen im Rahmen eines Planspiels in vier Fraktionen, um jeweils einen politischen Antrag auszuarbeiten. Anschließend wurden die Anträge gemeinsam im Plenarsaal diskutiert und verabschiedet. Dabei standen in diesem Jahr insbesondere Umwelt- und Bildungsthemen im Mittelpunkt der Debatten.

„Auch für uns als Politiker*innen bietet der Zukunftstag eine tolle Möglichkeit, die Themen mit jungen Menschen zu diskutieren, die sie umtreiben.“ zeigt sich Hanna Naber erfreut.



Landtagsfahrt mit Oldenburger Bürgerverein Ohmstede

Endlich sind sie wieder möglich - Landtagsfahrten nach Hannover.

Den Auftakt nach den Jahren der Pandemie machte der Bürgerverein Ohmstede. Mit einer gut gelaunten und motivierten Gruppe ging es mit dem Regionalexpress nach Hannover. Problemlos und ohne Verspätung rollte der Zug zwei Stunden später im Hauptbahnhof Hannover ein. Nach einem kurzen Sparziergang, vom Bahnhof zum Landtag, gab es Zeit zur freien Verfügung, die fast alle nutzten, um ein Mittagessen einzunehmen.

Im Anschluss gab es eine kurze Begrüßung durch Hanna Naber auf den Treppen des Landtags, bevor es zu einer kleinen Einführungsveranstaltung ging. Ein Referent des Landtags gab einen guten Überblick zum Gebäude, aber auch zur parlamentarischen Arbeit insgesamt.

Mit den (neuen) Wissen ging es direkt danach auf die Besuchertribüne des Plenarsaals. Hier hatte die Gruppe des Bürgervereins die Möglichkeit live eine Landtagsdebatte zu verfolgen.

Nach der Livedebatte im Plenum gab es die Möglichkeit sich mit den Wahlkreisabgeordneten auszutauschen. Ungefähr eine Stunde lang stellten sich Hanna Naber, Ulf Prange, sowie weitere Abgeordnete den Fragen und Anmerkungen.

Bevor es mit dem Zug zurück nach Oldenburg ging waren die Mitglieder des Bürgervereins noch zu einer Stärkung bei Kaffee und Kuchen eingeladen. Auch an der Kaffeetafel (oder Tee) wurde fleißig weiterdiskutiert und das erlebte besprochen.



1. Reihe v.l.n.r. Rainer Bartelt (Vorsitzender BV Ohmstede) Ester Niewerth-Baumann (MdL, CDU), Hans-Joachim Janßen (MdL, Bündnis 90/Die Grünen), Hanna Naber (MdL, SPD), Ulf Prange (MdL, SPD) [nicht auf dem Bild aber bei der Diskussion mit dem Bürgerverein dabei Horst Kortlang (MdL, FDP)]

Hanna Naber und Ulf Prange bieten regelmäßig Fahren nach Hannover an.

Für nähere Informationen wenden Sie sich bitte an die Büros.

wahlkreisbuero@hanna-naber.de oder 0441 36117513

wahlkreisbuero@ulf-prange.de oder 0441 36117512



FÜR OLDENBURG

Oldenburg wird Standort für künstliche Intelligenz

Hanna Naber und Ulf Prange haben aus dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur erfahren, dass der Aufsichtsrat des Deutschen Zentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) die Aufnahme Niedersachsens als vierten Standort des DFKI beschlossen hat. Hierbei handelt es sich um ein Kooperationsprojekt der Universitäten Oldenburg und Osnabrück.

„Dass Oldenburg bei diesem wichtigen Zukunftsthema eine zentrale Rolle einnimmt, ist eine gute Nachricht. Durch die Aufnahme durch das DFKI wird Oldenburg als Forschungsstandort weiter gestärkt“ erklärt Prange. „Auch für unsere lokalen Unternehmen werden sich durch diese Zusammenarbeit langfristig weitere hervorragende Transfermöglichkeiten bieten“, ist sich Naber sicher.

2011 war an der Universität Osnabrück eine Außenstelle des DFKI-Standorts Bremen eingerichtet worden mit Fördermitteln von insgesamt fast 1,9 Millionen Euro aus dem Niedersächsischen Vorab der VolkswagenStiftung.

Anfang 2019 wurde dann ein Memorandum of Understanding zwischen der Universität Osnabrück, der Universität Oldenburg, dem DFKI und dem Land Niedersachsen über den Aufbau eines DFKI-Labors Niedersachsen geschlossen – mit dem Ziel, dass Niedersachsen zum vollwertigen DFKI-Standort wird. Unterstützt durch eine weitere Anschubfinanzierung des MWK (17,5 Millionen Euro aus dem Nds. Vorab) wurden seit April 2019 insgesamt vier Arbeitsgruppen an den Standorten Osnabrück und Oldenburg zum DFKI-Labor Niedersachsen auf- bzw. ausgebaut:

- „Planbasierte Robotersteuerung“, Universität Osnabrück
- „Smart Enterprise Engineering“, Universität Osnabrück
- „Marine Perception“, Universität Oldenburg
- „Interaktives Maschinelles Lernen“, Universität Oldenburg

Zudem wurden durch das DFKI ambitionierte kaufmännische, wissenschaftliche und strategische Ziele vorgegeben, deren Erfüllung über die Aufnahme des DFKI-Labors Niedersachsen in das DFKI entscheiden sollten.

Zum frühestmöglichen Zeitpunkt fand mit Stichtag 31.12.2021 die entsprechende Evaluation statt, die eindrucksvoll bestätigte, dass das DFKI-Labor Niedersachsen die vorgegebenen Ziele erreicht hat.

Hintergrund:

Das Deutsche Zentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) wurde 1988 als gemeinnützige öffentlich-private Partnerschaft an den Standorten Saarbrücken und Kaiserslautern gegründet.

Im Jahr 2009 wurde das 2006 gegründete DFKI-Labor Bremen nach erfolgreicher Evaluierung zum dritten Standort.





FÜR OLDENBURG

1.500.000 Euro erhält das Zentrum für Windenergieforschung an der Universität Oldenburg

Das Zentrum für Windenergieforschung (ForWind) der Universität Oldenburg erhält 1.500.000 EUR für die Anschaffung eines High Performance Computing Clusters (Rechencluster).

„Die Fördermittel der EU tragen dazu bei, dass die Oldenburger Windenergieforschung weiter gestärkt wird und mit der Anschaffung modernster Computertechnologie auch dauerhaft konkurrenzfähig bleibt.“, zeigen sich Hanna Naber und Ulf Prange erfreut.

ForWind bündelt die Windenergieforschung im Nordwesten und verbindet 30 Institute und Arbeitsgruppen der Universitäten Oldenburg, Hannover und Bremen. Damit bildet ForWind einen bundesweit einmaligen Forschungsverbund und deckt ein breites Spektrum wissenschaftlicher Themen ab. Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Ingenieurwissenschaften, Physik und Meteorologie, Informatik und Wirtschaftswissenschaften.

Gemeinsam mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und dem Fraunhofer-Institut für Windenergiesysteme (IWES) bildet ForWind den Forschungsverbund Windenergie (FVWE).

Die bewilligten Fördermittel stammen aus dem Aufbauprogramm REACT der Europäischen Union, hiermit unterstützt die EU ihre Mitgliedsstaaten in der Corona-Krise dabei, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie abzufedern. Das niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) hat aus den zusätzlichen bereitgestellten EU-Mitteln mehr als 35 Millionen Euro für Forschungsinfrastrukturen erhalten.

Das EU-Sofortprogramm soll dazu beitragen, die Krisenresilienz der von der Pandemie am stärksten betroffenen Sektoren und

Wirtschaftszweige zu stärken. Ein weiteres Ziel ist es, den digitalen und grünen Wandel zu fördern. Im Fokus der Förderung des MWK stehen Investitionen in die zukunftsorientierte Forschung an niedersächsischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, vor allem in den Bereichen Klimaschutz und digitaler Wandel.

Das MWK setzt die Aufbauförderung mit den REACT-EU-Mitteln im Rahmen der Richtlinie „Innovation durch Hochschulen und Forschungseinrichtungen“ um. Insgesamt werden 33 Projekte gefördert. Die maximale Förderquote beträgt 90 Prozent. Die Mittel können bis Ende März 2023 verausgabt werden.

Hintergrund:

REACT-EU ist die Abkürzung für „Recovery Assistance for Cohesion and the Territories of Europe“. Auf Deutsch wird REACT-EU als Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas bezeichnet. Europaweit stehen für REACT-EU 55 Milliarden Euro bereit. Niedersachsen erhält davon rund 205 Millionen Euro.

Die REACT-EU-Mittel sind zusätzliche Mittel, die den Strukturfondsprogrammen der aktuellen Förderperiode bereitgestellt wurden.



HANNA NABER UNTERWEGS

Schweiz – Dänemark – Portugal

Schweiz

Nach den diesjährigen Osterferien reiste Hanna Naber mit dem Ausschuss für Landtags-Präsidium in die Schweiz, mit dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung nach Dänemark und mit dem Ausschuss für Wissenschaft und Kultur nach Portugal. Hier besuchten sie unter anderem das Kulturministerium in Lissabon, das "Museu Gulbenkian" und tauschten sich mit dem städtischen Kulturdezernenten aus. Zur Reise gehörten außerdem der Besuch der Corona-Pandemie mussten die Reisen zunächst verschoben werden. Am 02. Mai startete dann die Präsidiumsreise nach Bern. Die Präsidiumsmitglieder des niedersächsischen Landtags, so auch Hanna Naber, waren dort unter anderem zu Gast beim Großen Rat des Kantons Bern und diskutierten im Interregionalen Fortbildungszentrum "CIP Tramelan" beispielsweise über die Bedeutung von Volksabstimmungen und Initiativen. Zudem erhielten sie Einblicke in die gemeinnützige und lebensrettende Arbeit der "Digger Foundation", die seit 24 Jahren Fahrzeuge entwickelt, die den Boden in (ehemaligen) Kriegsgebieten nach Personen-Minen durchsuchen.

Dänemark

Kaum zurück in Oldenburg, ging es für Hanna Naber als Mitglied des Sozialausschusses am 9. Mai weiter nach Dänemark: über Kiel, Arhus und Kopenhagen. Die Fachpolitikerinnen und -politiker tauschten sich mit dänischen Kolleginnen und Kollegen über Krankenhausreformen aus. Dabei diskutierten sie, welche Herausforderungen vor den Gesundheitssystemen liegen und, inwiefern Impulse aus dem dänischen System in die deutsche Gesundheitsvorgang übertragen werden können. Außerdem thematisierten sie, wie es aktuell um die Gleichstellungspolitik in den nordischen Ländern – im Vergleich zu Deutschland – stehe und besprachen Ziele der Gleichstellungspolitik. Zum Austausch gehörte unter anderem ein Besuch im dänischen Gesundheitsministerium. Pünktlich zum 75. Geburtstag des niedersächsischen Landtags war Hanna Naber zurück in Hannover.

Portugal

Am 29. Mai fuhr Hanna Naber mit dem Ausschuss für Wissenschaft und Kultur nach Portugal. Hier besuchten sie unter anderem das Kulturministerium in Lissabon, das "Museu Gulbenkian" und tauschten sich mit dem städtischen Kulturdezernenten aus. Zur Reise gehörten außerdem der Besuch des Kulturprojekts O Espaço do Tempo, des Goethe-Instituts, der Universität und der Bibliothek in Coimbra. Nach knapp einer Woche voller wissenschafts- und kulturpolitischem Austausch, Diskussionen und Eindrücke landet Hanna Naber am 03. Juni wieder in Deutschland.

Weitere Informationen und Bilder finden Interessierte auf Hanna Nabers Facebookseite und ihrem Instagramprofil.





IN EIGENER SACHE

Landesvertreter:innenliste & Landesparteitag

Am 21. Mai fand in Hildesheim die niedersächsische Landesvertreter*innenversammlung der SPD statt.

200 Delegierte aus ganz Niedersachsen beschlossen die Liste zur Landtagswahl im kommenden Oktober. Den aktuell amtierenden Ministerpräsidenten und Spitzenkandidaten Stephan Weil wählten die Delegierten einstimmig. Auf den Plätzen zwei und drei folgen Daniela Behrens und Olaf Lies.

Für die beiden Oldenburger Wahlkreise treten Hanna Naber auf Platz 9 und Ulf Prange auf Platz 19 der Landesliste an. „Wir sind sehr dankbar für das Vertrauen und die Zustimmung,“ kommentieren Hanna Naber und Ulf Prange, „ebenso freuen wir uns sehr über die Vielfalt unserer Landesliste.“



Hanna Naber wurde 2017 direkt in den Landtag gewählt. Bis dahin war sie Geschäftsführerin bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bezirksverband Weser-Ems. Seit 2020 bekleidet sie außerdem das Amt der Generalsekretärin der SPD Niedersachsen. Sie ist kulturpolitische Sprecherin und in den Ausschüssen für Soziales, Gesundheit und

Gleichstellung, für Wissenschaft und Kultur tätig. Zudem war sie Mitglied in der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ und „Enquetekommission zur Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen – für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“.

Weitere Informationen erhalten Sie hier: www.hannanaber.de.

Rechtsanwalt Ulf Prange ist bereits seit 2013 direkt gewählter Abgeordneter im Landtag, Sprecher der SPD-Abgeordneten Weser-Ems, Mitglied im Ältestenrat und Mitglied des Fraktionsvorstandes, Justizpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen.

Außerdem ist er Mitglied im Unterausschuss Medien, im Wahlprüfungsausschuss und in der Datenschutzkommission. Weitere Informationen finden Sie online unter: www.ulf-prange.de.



Auf dem Landesparteitag am Sonntag, dem 22. Mai, beschloss die niedersächsische SPD zudem einstimmig ihr Wahlprogramm unter dem Titel „**Fortschritt, der alle mitnimmt**“ als Antwort auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen:

Bildung, die allen Chancen bringt - **mehr Infos hier!**

Wirtschaft, die allen nutzt - **mehr Infos hier!**

Sicherheit, die alle stärkt - **mehr Infos hier!**

Ein Staat, der Zukunft für alle schafft - **mehr Infos hier!**

Außerdem verabschiedeten die Delegierten Initiativanträge, die sich auf den Krieg in der Ukraine, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit des Lebens beziehen.

WIR SIND FÜR SIE DA!



facebook.com/
MdLPrange
hannanaberspd



instagram.com/
prangemdl
hanna_naber

SPD
NIEDERSACHSEN

Bürogemeinschaft Naber & Prange

Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Tel.: 0441 361175-13 / 0441 361175-12

E-Mail: wahlkreisbuero@hanna-naber.de
wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Redaktionsschluss: 3. Juni 2022

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
(ViSdP): Hanna Naber & Ulf Prange

Redaktion: Sabine Bohlen, Raphael Heitmann,
Theis Hellmann, Mafalda Nogueira &
Oliver Schwichtenberg